

## Rentenhöhe und Armutsgefährdung im Alter

### Hintergrund:

Die Rente steht immer wieder zur Diskussion. Zuletzt wurde vorgeschlagen, das Renteneintrittsalter weiter zu erhöhen. Dabei reicht die gesetzliche Rente schon jetzt für viele Menschen kaum, um ein Leben in Würde zu ermöglichen. Katrin Werner, Bundestagsabgeordnete der LINKEN aus Rheinland-Pfalz, befragte darum die Bundesregierung zur Höhe der gesetzlichen Rente und zur Armutsgefährdungsquote von Personen über 65 Jahren in Deutschland und Rheinland-Pfalz.

### Ergebnisse:

Rund 10,8 Mio. Rentner:innen erhalten weniger als 1.000 € Rente. In Rheinland-Pfalz sind es rund 521.000 Personen. Insbesondere Frauen erhalten nur geringe Renten.

Bundesweit erhalten 68 % der Rentnerinnen weniger als 1.000 € aus der gesetzlichen Rentenversicherung, in Rheinland-Pfalz sogar 76 %. 46 % der Rentnerinnen im Bund und 57 % in Rheinland-Pfalz erhalten sogar weniger als 750 € und 28 % bundesweit bzw. 36 % in Rheinland-Pfalz erhalten nicht einmal 500 €.

Bei den Rentnern erhält rund ein Drittel eine gesetzliche Rente von weniger als 1.000 € (36 % Bund, 32 % Rheinland-Pfalz). 24 % der Männer erhalten bundesweit unter 750 € (Rheinland-Pfalz: 21 %) und 16 % unter 500 € (Rheinland-Pfalz: 13 %).

Daran zeigt sich eine sehr deutliche Ungleichheit zwischen den Geschlechtern bei der gesetzlichen Rente. Die Bundesregierung verweist auf weitere Formen des Einkommens im Alter, z. B. durch Ehepartner oder private Vorsorge.

Die Armutsgefährdung bei Personen über 65 Jahren hat von 2006 bis 2019 deutlich zugenommen:

<b>Armutsgefährdungsquote von Menschen im Alter ab 65 Jahren (Bundesmedian)</b>	<b>Bundesrepublik</b>	<b>Rheinland-Pfalz</b>
2006	10,4	14,3
2011	13,2	16,9
2016	14,8	16,4
2019	15,7	17,8

Daten für 2020 lagen der Bundesregierung noch nicht vor. Als armutsgefährdet gilt, wer weniger als 60 % des mittleren mit der neuen OECD-Skala gewichteten Einkommens zur Verfügung hat.

Ebenso ist die Quote der Menschen, die Grundsicherung im Alter beziehen zwischen 2006 und 2019 sowohl im Bund als auch im Land gestiegen.

<b>Grundsicherungsquote von Menschen im Alter ab 65 Jahren (Prozent)</b>	<b>Bundesrepublik</b>	<b>Rheinland-Pfalz</b>
2006	2,3	2,1
2011	2,6	2,4
2016	3,1	2,6
2019	3,2	2,8

Katrin Werner, MdB:

„Immer mehr Menschen in Rheinland-Pfalz sind im Alter von Armut betroffen und immer mehr Menschen sind auf Grundsicherung im Alter angewiesen. Insbesondere Frauen sind von niedrigen Renten und Altersarmut betroffen und an dieser Situation ändert auch die sogenannte Grundrente der Großen Koalition nichts. Denn sie bringt Rentnerinnen und Rentnern durchschnittlich lediglich 75 € mehr im Monat und das nur, wenn sie 33 Jahre in die gesetzliche Rente eingezahlt haben. Zu viele fallen hier durchs Raster. Eine effektive Bekämpfung von Altersarmut sieht anders aus. Die gesetzliche Rente muss endlich wieder gestärkt werden und dazu brauchen wir eine Kasse in die alle einzahlen, auch Selbstständige, Beamte und Politiker. Das Rentenniveau muss schrittweise auf 53 Prozent angehoben werden und wir brauchen eine einkommens- und vermögensgeprüfte gesetzliche Mindestrente von 1.200 €. Nur so lässt sich eine weitere Zunahme des Armutsrisikos im Alter verhindern. Jegliche Bestrebungen, eine Erhöhung des Renteneintrittsalters oder Rentenkürzungen durchzusetzen, lehnen wir ab.“

„Die Armutsgefährdungsquote im Alter ist dramatisch gestiegen. Die Bundes- und Landesregierungen der letzten Jahrzehnte haben es nicht geschafft, dem einen Riegel vorzuschieben. Das liegt nicht zuletzt an der Niedriglohnpolitik. Wer zu Dumpinglöhnen schuftet, kann nicht genug einzahlen, um im Alter eine gute Rente zu beziehen. Darum brauchen wir auch einen Mindestlohn von 13 € pro Stunde und flächendeckende Tarifverträge. Sachgrundlose Befristungen, Leiharbeit und Werkverträge müssen zurückgedrängt werden. Gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen ermöglichen eine gute Rente und ein würdevolles Leben im Alter.“

„Mit Blick auf die Gleichstellung von Männern und Frauen sind diese Zahlen ein Armutszeugnis für die Bundes- und Landesregierung. Die Bundesregierung verweist darauf, dass z. B. der Ehepartner zur Sicherung im Alter beitragen könne. Statt den Satus Quo schön zu reden, sollten Bund und Land dafür sorgen, Frauen mit guten Arbeitsbedingungen, guten Löhnen und einer armutsfesten Rentenpolitik eine eigenständige und unabhängige Altersversorgung zu schaffen.“